

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 14. Dezember 2022

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Wo bleiben die Klimaziele?“

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Wo bleiben die Klimaziele?“

Das Land Burgenland will 2030 - 10 Jahre vor dem Bund - klimaneutral sein und damit europaweiter Vorreiter werden. Das Burgenland ist im Bereich erneuerbarer Energie eine Vorzeige-Region, insbesondere im Bereich der Windkraftwerke. Dadurch leistet das Burgenland jetzt schon einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Ebenfalls setzt das Land Burgenland auch viele weitere MaÙnahmen im eigenen Wirkungsbereich, um die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen, die Bundesregierung ist jedoch in der Gesetzgebung weiterhin säumig. Das Klimaschutzgesetz ist nur eines von vielen plakativen Beispielen für den akuten Handlungsbedarf auf Bundesebene.

Das Klimaschutzgesetz des Bundes regelt wie viel CO₂ pro Jahr in Österreich eingespart werden muss, und gibt allen betroffenen Branchen, also zum Beispiel Verkehr, Industrie oder Landwirtschaft verbindliche Ziele vor. Werden die Ziele nicht eingehalten, braucht es SofortmaÙnahmen. Das bisherige Klimaschutzgesetz ist 2020 ersatzlos ausgelaufen. Das Klimaschutzgesetz legt gesetzliche Zielwerte für die Treibhausgasreduktion bzw. Höchstmengen von Treibhausgasemissionen nach Sektoren fest. Österreich hat also keine konkreten Klimaziele für das Jahr 2021 oder darüber hinaus gesetzlich definiert.

Während der CO₂-AusstoÙ immer weiter ansteigt und der Klimawandel immer spürbarer wird, ist die Bundesregierung weiter untätig und hat noch immer keine gesetzlichen Klimaziele vorgelegt. Es reicht nicht, von Klimaneutralität bis 2040 zu reden, ohne einen Plan zu haben.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die säumigen Gesetzesvorhaben im Sinne der Antragsbegründung umgehend umsetzen.